

vorgefchlagen war. Wir fragen, ob man nicht durch Verhandlungen etwas hätte erreichen können. Dr. Stresemann scheint aber in der letzten Zeit so stark mit innerpolitischen Parteiproblemen beschäftigt gewesen zu sein, daß er darüber (sein eigentliches Ressort vernachlässigt hat. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wir Sozialdemokraten bedauern die Fortsetzung der Besetzung und die Art, wie sie verfügt wurde, ohne daß uns die Besetzungen im Einzelnen mitgeteilt wurden. Wir warten die offizielle Note ab. Andererseits darf man aber nicht von vornherein alle Beschwerden der Militärs für unbegründet erklären. (Unruhe rechts.) Tatsächlich ist der Entente ein Vorkwand für ihr vertragswidriges Vorgehen geliefert worden durch den kindischen Unfug, der mit den Zeitfreiwilligen bei der Reichswehr getrieben wurde. Das dürfte der Reichswehrminister nicht dulden. (Lärm rechts. Abg. Henning (Nat.-Soz.) ruft: „Kriegen Sie diese Rede von Frankreich bezahlt?“ Abg. Breitscheid ruft gegen den Abg. Henning: „Sie Pump.“ Viele sozialdemokratische Abgeordnete rufen Henning dasselbe zu. Auf eine Frage des Präsidenten Loebe bekennt sich Abg. Henning zu seiner Frage. Er erhält dafür einen Ordnungsruf. Auf sein Verlangen erhält auch Dr. Breitscheid einen Ordnungsruf. Er antwortet darauf: „Es tut mir leid, gegen die Ordnung des Hauses verstoßen zu haben, aber wenn beratige Fragen an einen gerichtet werden, so kann man nicht in parlamentarischen Formen antworten.“ Weisfall links) Der Redner warnt dringend vor einem Bollkrieg mit Frankreich. Er würde das Kabinett Derriot gefährden. (Abg. Henning (Nat.-Soz.): „Jetzt redet er schon wieder für Frankreich.“) Aus diesem Ruf spricht einfach bölliger Mangel an Intelligenz.

Ihnen wäre freilich ein Kabinett Boineore lieber als ein Kabinett Derriot.

(Sehr gut links.) Wir wünschen volle Auskunft und Verfolgung der jüngsten Finanzpläne. Der große Apparat aber, der im Falle Barmat aufgebaut wurde, in Verbindung mit der eigenartigen Information der Presse erweist den Anschein, als wolle man hier die Republik kompromittieren, wie man in dem ganz unmöglichen Wagdeburger Urteil des Reichspräsidenten herabsehen wollte. Wenn Mitglieder unserer Partei irgendwas nachgewiesen werden kann, so werden wir unser Haus reinzuhalten wissen. Sie aber (nach rechts) sollten gefälligst vor ihrer eigenen Lüge stehen. Wir brauchen nur an

die Skandale aus der Kaiserzeit

zu erinnern, die Laster einst aufgedeckt hat. Dr. Luther verlangt von uns, wir sollten ihm glauben, daß sein Kabinett für die Hebung der Kaufkraft der breiten Massen wirksam ist. Er denkt wie sein großer Namensvetter an die Seligkeit durch den Glauben. Wir bewilligen aber nur die Seligkeit durch gute Werke (Heiterkeit), und die können wir von den Männern dieser Regierung nicht erwarten. Herr v. Schlieben, der jetzt Finanzminister ist, hat vor einem Jahre als Staatssekretär den Reichsarbeitsminister in einem Schreiben aufgefordert, auf die Schlichter im Sinne einer Herabsetzung der Löhne einzuwirken (hört, hört! links; Reichsanwalt Dr. Luther: „Das war ein Teil der Maßnahmen zur Sicherung der Währung!“)

Wir können zu diesem Kabinett nicht das Vertrauen haben, daß es die in der gestrigen Kanzlerklärung gegebenen Versprechen einlöst.

In dieser Regierung sitzt Dr. Gehler, der Wehrminister von heute zu Gmigkeit (Heiterkeit und Weisfall). Neben diesem ganz zweifellosen Republikaner sitzen so zweifelhafte Massen wie Schiele, von Schlieben und Dr. Neuhaus. Neuhaus hat jetzt als Minister den Eid auf die republikanische Verfassung geleistet, den er einst als Staatssekretär verweigert hat. Paris ist ihm eine Messe wert, ihm ist es ein bißchen wert, wenn er in eine Regierung eintritt, die zu betrachten ist, als eine Etappe auf dem Wege zur Monarchie (Lärm rechts: „Gott sei Dank!“, große Unruhe links und Rufe: „Nest haben Sie sich verraten!“) Ist allerdings die beste Charakteristik des Kabinetts

erben diesem ausgesprochenen Reichskabinett in scharfer Opposition gegenüberstehen

den gemeinsam mit den arbeitenden Massen außerhalb der Elemente alle Kräfte aufbieten, um es durch eine republikanische Regierung zu ersetzen.“ (Weisfall bei Sozialisten.)

Präsident Loebe teilt mit, daß von den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum (1), der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei ein Antrag eingegangen sei: „Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung.“

Von den Sozialdemokraten und Kommunisten sind Anträge eingegangen, in denen der Regierung das Mißtrauen des Reichstages ausgesprochen wird.

Abg. Graf Westarp (Dnatl.)

erklärt sich bereit, den Antrag auf Billigung der Regierungserklärung anzunehmen, um der Regierung es so zu ermöglichen, die Geschäfte des Reiches zu führen. Wir haben dem Eintritt von Parteimitgliedern und dem eines Fraktionsmitgliedes in das Kabinett zugestimmt: Weicht ist uns dieser Entschluß nicht gemacht worden (Lachen links), es war nur durch weitestgehendes Entgegenkommen von unserer Seite, durch schwere Opfer unserer Ansprüche möglich (erneutes Lachen links). Es ist ein Anfang, ein erster Schritt, ein Versuch, keine endgültig befristete Lösung (großes Gelächter links). Der jetzige Anteil an der Regierung entspricht nicht der Tatsache, daß wir die weitest stärkste Regierungspartei sind (Lärm links). Es wäre richtig gewesen, wenn die Regierungsparteien das Vertrauen in ungewisser Form ausgesprochen hätten. Wir hätten ein direktes Vertrauensvotum gewünscht im Einklang mit dem Reichsanwalt und der Deutschen Volkspartei. Leider hat sich das Zentrum diesem Gedanken verweigert. Wenn damit durchaus eine losere Verbindung zum Ausdruck gebracht werden soll, so nehmen wir das gleiche Recht für uns in Anspruch, nicht voll gebunden und verantwortlich zu sein (Abg. Rufe links.) Politisch legen wir den entscheidenden Wert darauf, daß auch die anderen Parteien ebenso wie wir, die Annahme der Billigungsformel in voller Geschlossenheit aussprechen (hört, hört!) Da damit die Sicherung der Regierungsbekanntnisse wirklich gewährleistet ist, wird die Zukunft erweisen. Sie wird auch schwerste gefährdet sein, wenn nicht

auch in Preußen der Einfluß der Sozialdemokratie auf die Führung der Geschäfte wächst.

(Weisfall rechts, härmliche Aha-Rufe der Sozialisten.) Der Redner erklärte dem Zentrum, daß sein Vertrauen in die Galtbarkeit und Brauchbarkeit dieses Regierungsauf-

menschlusses im Reich wesentlich davon abhängen würde, ob das Zentrum in Preußen an dem Bündnis mit Braun und Severing festhalten wolle. (Bewegung und lebhaftes Unruhe.) Auch sachlich bedeutet eine sozialdemokratische Regierungsgewalt in Preußen schwerste Hemmnisse für die von der neuen Regierung beabsichtigte sachliche Arbeit im Reich. (Großer Lärm links, Weisfall rechts.) Nur der Umstand, daß die Deutsche Volkspartei in Preußen Schulter an Schulter mit den Deutschnationalen stehe, habe es diesen überhaupt erst ermöglicht, am Kabinett Luther teilzunehmen. Sie hätte damit eine Pflicht dem Vaterland gegenüber erfüllt, das unbedingt eine handlungsfähige Regierung brauche. Kein Politiker zweifle daran, daß nach der Aufhebung des Korruptionssumpfes eine Neuwahl für die Linke endgültig vernichtend sein würde. (Weisfall rechts, Widerspruch bei den Sozialisten.) Die bevorstehende Reichspräsidentenwahl werde diese Voraussetzung bestätigen. Die nationale Bewegung müsse auch in Gesetzgebung und Verwaltung den gebührenden Einfluß erhalten. Die Deutschnationalen würden weiter kämpfen, um zu vollkommeneren und besseren Ergebnissen zu gelangen. Der Inhalt der Regierungserklärung ermögliche den Deutschnationalen die Billigung, obwohl ausgesprochen werden müsse, daß sie manche Konzession an die Linke enthalte, die besser unterblieben wären. Begrüßenswert sei der Entschluß, der für die Deutschnationalen maßgebend war, endlich zu sachlicher Arbeit zu kommen. Wenn die Sozialdemokratie die Unabhängigkeit wahre, könne der Reichstag durchaus sachliche Arbeit leisten. Begrüßenswert sei auch das Bekenntnis zur christlichen Grundlage unserer Kultur (Weisfall rechts), mit eisernem Wesen müsse Sauberkeit und Reinheit des öffentlichen Lebens wieder hergestellt werden. Zu den Aufgaben des Innenministers gehöre besonders die

bessere Beachtung der liberalistischen Rechte der Bundesstaaten und die Befreiung und Förderung der Vaterländischen Bewegung. (Weisfall Aha-Rufe links.) Bei den finanziellen und außenpolitischen Aufgaben sei Vorkauf zu machen, um nicht erneut die Krise einer Kreditinflation herbeizuführen. Ohne Festigung der ganzen Volkswirtschaft und ohne Beseitigung der Fehlbeträge in der Handels-, Zahlungs- und Innenwirtschaftspolitik seien gesunde Verhältnisse nicht zu schaffen. Der Redner skizzierte dann die Aufgaben des neuen Kabinetts: eine gesunde Agrar- und Mittelstandspolitik, Schaffung einer Steuerreform usw. Zur Regierungserklärung über die Arbeitszeit könne endgültig praktisch noch nicht Stellung genommen werden. Auch zu den übrigen von der Regierung angekündigten Gesetzen dürfe behalte sich seine Fraktion die Stellungnahme vor. Der Redner kritisiert dann die bisherigen Handelsvertragsverhandlungen, in die man mit völliger Planlosigkeit hineingestürzt sei. Das Verlaumte müsse hier nachgeholt werden. Der Redner fordert, daß der innere Markt nach Bismarckschem Muster durch Schutz- und Ausleihgeschäfte gestärkt werde. Die Lasten des Londoner Abkommens bezeichnet der Redner als unerfüllbar und unerträglich. Die Regierung müsse die nötigen Änderungen des Abkommens durchsetzen. Die Nichträumung der Röhler Zone sei ein Rückfall in die Sanktionspolitik. Die deutsche Note hätte die Verletzung des deutschen Rechts klar und erschöpfender darlegen müssen. Die Entwaffnungsfrage sei für die Militärs nur ein Vorwand. Der Redner verweist dann auf den neuen Rechtsbruch im Osten und fordert Gegenmaßnahmen der Reichsregierung. Das Handelsprovisorium mit Frankreich werde solange nicht zustande kommen, als die Franzosen bei ihrer Forderung bleiben. Ein Aufnahmearbeit in den Völkerbund dürfe keine Wiederholung des Schuldbekenntnisses bringen. Für die amtliche Wiberufung der Kriegsschuldigen würden die Deutschnationalen allen Einfluß einlegen. Der Redner erklärt sich zu gemeinsamer Arbeit mit den anderen Regierungsparteien bereit, obwohl Regierungsgemeinschaft noch nicht völlige Gefinnungsgemeinschaft zu bedeuten brauche. Selbstverständlich müsse die Verfassung anerkannt werden, selbstverständlich werde keine Veränderung durch Gewalt beabsichtigt. Zu begrüßen sei die Regierungserklärung aber, daß eine Nachprüfung mit dem Ziele der inneren Gesundung erfolgen soll. Dabei müsse besonders das Eigenleben der Länder beachtet werden. Auch auf dem Gebiete der äußeren Politik müsse man an den alten Grundsätzen und Zielen festhalten.

Abg. Fehrenbach (Ztr.)

verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: Das Zentrum verfolgte immer das Ziel, alle zu verantwortliche Politik und Aufbaubarkeit auf dem Boden der bisher bestehenden Reichsverfassung bereiten Kräfte zu praktischem, politischen Zusammenwirken heranzuwachsen. Diesem Ziele diene sein Eintreten für den Gedanken der Volksgemeinschaft und für die große Koalition. Diese Möglichkeiten sind vorerst zunichte geworden. Unter diesen Umständen müßte die Fraktion versuchen, ihre Politik auch im Rahmen einer „Minderheitsregierung“ zu verwirklichen. Das Resultat der letzten Wahl müßte, rein sachlich gemertet, auch heute noch für eine Politik der Mitte oder der großen Koalition eine tragbare Mehrheit ergeben, wenn alle diejenigen, die diese Politik bisher unterstützt, daran festgehalten hätten. Im Gefolge der Auflösung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei sind aber alle Bemühungen des Reichskanzlers Marx gescheitert. Angesichts der Gefahren einer weiteren Hinausschiebung der Krise hat die Fraktion aus politischen Erwägungen heraus sich den opfervollen Entschluß abgerungen, un'er Vorbehalt aufmerksamer Prüfung der künftigen Politik und unter Ablehnung jeder fraktionellen Gebundenheit in eine persönliche und beschämte Beteiligung im neuen Kabinett einzuwilligen. Die im gegenwärtigen Kabinett verwirklichte Entlastung entspricht nicht den grundsätzlichen und sachlichen Anforderungen, die an eine auf Dauer berechnete Regierung gestellt werden müssen. Die Fraktion tritt in diese neue Regierungsperiode ein mit erster Sorge für die weitere Gestaltung der Geschichte Deutschlands, besonders angeht der

ersten außenpolitischen Lage.

Der Amtsantritt der neuen Regierung wird besonders im besetzten Gebiet mit wachsender Sorge betrachtet. Die Bevölkerung erwartet, daß man ihr vermeidbare Härten erspart. Die Fraktion erwartet, daß der neue Reichskanzler den bisherigen außenpolitischen Kurs beibehält und daß die realpolitische Einsicht des neuen Kanzlers sich durch keine kräftige Gruppe seines Kabinetts in einer Weise abdrängen lassen wird, in der wir im

sachlich nicht mehr zu folgen vermögen. Das gilt nicht nur für die Außenpolitik, sondern auch für unsere Vorkaufungen verfassungsmäßiger, wirtschafts- und staatspolitischer, sowie kulturpolitischer Art. Dem Zentrum muß als überragende Kulturmacht der gebührende Einfluß eingeräumt werden. Unbedingt erforderlich ist die Verabschiedung des Reichsschulgesetzes und die Aufrechterhaltung des Bekenntnisschulwesens. Die Fraktion wird die Regierung nach ihren Taten beurteilen. (Weisfall im Zentrum.)

Abg. Dr. Schulz (D. Vpt.)

begrüßt das Zustandekommen der neuen Regierung. Es müßte endlich mal eine verantwortliche Regierung zustandekommen, die aber eine Mehrheit verfügt. (Widerpruch links.) Auch die Volkspartei betrachtet das jetzige Kabinett als eine Etappe. Auch sie werde zunächst die Taten der Regierung abwarten. (Lachen links.) Das bedeute kein Mißtrauen. Die Volkspartei könne der Regierungserklärung in fast allen Punkten vorbehaltlos zustimmen und habe zu den Ministern das volle Vertrauen, daß sie ihre Pflichten erfüllen werden. Es dürfe nicht Geplogenheit des Reichstages werden, einzelne Regierungsmitglieder, die ein ehrenwertes Beamtenleben hinter sich haben, hier mit Mißtrauen und lebhafter Geschäftigkeit zu empfangen, wie das Breitscheid getan hat. Die Deutsche Volkspartei werde auf dem für richtig anerkannten Weg bleiben. Der Redner erhebt

Einspruch gegen die weitere Besetzung Älins.

Er fordert dann eine Hinausschiebung des wahlfähigen Alters, Hebung der Produktion, Beschränkung der Einfuhr und Vermehrung der Ausfuhr, Wiederaufnahme des Zinsendienstes der öffentlichen Anleihen, Erhöhung der Aufwertungsprozente unter Ausschluß der Inflationen- und Aufwertungsgevinster. Von der Regierung erwarte man eine gesunde nationale Realpolitik. Der Redner wendet sich gegen das so oft mißbrauchte Wort vom Bürgerblock und erklärt, wir kennen keinen Unterschied zwischen Bürgerschaft und Arbeitertum, wir kennen nur Deutsche. (Weisfall rechts.)

Abg. Frau Golte (Rom.)

bezeichnet die heutige Rede des Grafen Westarp als offenes Bekenntnis zur Monarchie, während Luther sein wahres Spiel verhehelt habe. Die Redner wirft den Sozialdemokraten vor, sie seien die Ursache dieser Regierung. Als die Rednerin von einer deutschen Justizhausregierung spricht, wird sie zur Ordnung gerufen. Darauf vertagt das Haus die weitere politische Aussprache auf Mittwoch. Der Gesetzentwurf über das Reichsschiedsamt wird noch angenommen. Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr: Fortsetzung der politischen Debatte. — Schluß 5 1/2 Uhr.

Paris zu den Erklärungen Dr. Luthers.

Zurückhaltung und Mißtrauen.

Paris, 20. Jan. Zu der Regierungserklärung Dr. Luthers nimmt nur ein Teil der Morgenpresse Stellung. „Echo de Paris“ nennt sie farblos. Marx, Hermann Müller und Birck hätten feinerzeit dieselbe Sprache geredet. Das Blatt weist darauf hin, daß Luther die Geschäfte in einem Augenblick übernehme, wo die wirtschaftliche Lage Deutschlands sich fortschreitend bessere, was selbstverständlich die Aussichten des Kabinetts auf erfolgreiches Wirken beträchtlich erhöhe. Aus diesem Grunde wäre es angezeigt, mit Vorausfragen über die Lebensfähigkeit des Kabinetts Luther vorläufig zurückzuhalten. Es sei zu bedenken, daß das Kabinett Cuno sich acht Monate lang habe halten können. Alles wird von der einen Tatsache beherrscht, so schreibt der Berliner Vertreter des Blattes, daß die deutschen Reaktionsäre am Ruder sind. Es ist aber nicht anzunehmen, daß sie zu einer allgemeinen Offensive auf dem Gebiete der auswärtigen und inneren Politik auszuholen werden. Es kann sogar der Fall eintreten, daß das neue Kabinett sich verständlich zeigen wird, um die Sympathien des Auslandes zu gewinnen. Mithin wird sogar Staatssekretär Trendelenburg Anweisungen erhalten, die den Fortgang der Wirtschaftsbesprechungen ermöglichen. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die meisten Blätter übereinstimmend einen Beweis für die Verlässlichkeit der neuen deutschen Regierung in der Fortführung der Wirtschaftsverhandlungen erblicken würden. — „Deuore“ steht dem Kabinett Luther noch immer mißtrauisch gegenüber. Das Blatt erklärt, man werde Luther nach seinen Handlungen beurteilen müssen. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die französische Presse zu der neuen deutschen Regierung eine abwartende Haltung einzunehmen scheint.

Die Londoner Presse.

London, 20. Jan. Die englische Presse bringt ausführlich die Erklärungen Dr. Luthers im Reichstag, enthält sich jedoch noch jeder Meinungsäußerung. Nur die „Daily Mail“ kann nicht umhin, den üblichen Vorstoß gegen Deutschland zu unternehmen. Sie schreibt, die Versicherungen Dr. Luthers, daß die deutschen Exporte vermehrt werden müßten, um Deutschland in die Lage zu versetzen, seine Kaufkraft auf dem Geldmarkt zu verbessern, mit der Schlagzeile „Deutscher Handelsvorstoß“. Der Laft seiner Rede habe den Eindruck nicht aufgeworfen, der durch die Mittelung geschaffen worden sei, daß zwei weitere Beamte, deren nationalistische Sympathie bekannt sei, für die Balanzenposten im Kabinett ernannt worden seien.

Fortgang der Pariser Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 20. Jan. „Welt Journal“ betont, daß die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen über die Fragen, die nicht mit den Zolltarifen in Verbindung stehen, fortgesetzt werden. Es sei unerkennbar, daß durch die Bildung des neuen Kabinetts in Berlin Änderungen in dem Fortgang der Verhandlungen entstehen könnten, es wäre sogar möglich, daß Staatssekretär